

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Banken - Bundeshaushalt - Frankreich -
Italien - RGW**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Kurz kommentiert: Banken - Bundeshaushalt - Frankreich - Italien - RGW, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 7, pp. 335-336

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134701>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Banken

Stärkere Reglementierung?

Die Liquidation des Bankhauses Herstatt löste an den nationalen und internationalen Finanzmärkten beträchtliche Unruhe aus. Leichtsinnige Devisentermingeschäfte führten zu einem Verlust der Bank von bisher ca. 470 Mill. DM. Angesichts der Ungewißheit über die tatsächliche Höhe der Verluste waren weder die Bundesbank noch die Großbanken und der Großaktionär bereit, die Liquidation durch Stützungsaktionen zu verhindern. Wenn auch die Folgen für die Herstatt-Geschädigten durch den „Feuerwehffonds“ des Bundesverbandes deutscher Banken sowie durch Liquiditätshilfen der Bundesbank und einiger Kreditinstitute gemildert werden, so ist das internationale Ansehen der deutschen Privatbanken doch stark in Mitleidenschaft gezogen.

Als erste Konsequenz aus der Herstatt-Pleite führte die Bundesbank mit Wirkung vom 1. Juli die bereits seit längerem diskutierte Meldepflicht für alle Devisentermingeschäfte ein. Darüber hinaus wird im Bundesfinanzministerium eine Richtlinie erarbeitet, nach der das Volumen der Devisengeschäfte an die Höhe der Eigenmittel einer Bank gebunden ist. Damit kann zwar das Risiko dieser Geschäfte wesentlich eingeschränkt werden, aber auch dann dürften noch genügend Schlupflöcher zur Umgehung der Bestimmungen bleiben: so können z. B. die Luxemburger Banktöchter nicht erfaßt werden.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß im Zusammenhang mit dem Herstatt-Fall auch wieder auf die Gefahren riskanter Devisentermin- und Kreditoperationen am Euromarkt hingewiesen und erneut eine schärfere Kontrolle durch die Notenbanken verlangt wird. Wollen die Banken diese Reglementierung verhindern, dann müßten sie in Zukunft mehr Eigenverantwortung zeigen und damit auch einmal auf ein — mögliches — Geschäft verzichten können.

us

Bundeshaushalt

Erhebliche Unsicherheiten

Selten wurde die Aufstellung eines Bundeshaushaltes von so vielen Risiken begleitet wie in diesem Jahr. Das Erfordernis der Geldwertstabilität verlangt einerseits einen Sparhaushalt. Andererseits darf nicht zu sehr gekürzt werden, um notwendige Investitionen nicht zu gefährden und das Beschäftigungsziel nicht zu verfehlen. Hinzu

kommt, daß erhebliche Unsicherheiten über die der Steuerschätzung und der Ausgabenplanung zugrundeliegenden Daten bestehen.

Der Finanzplanungsrat hat vorgeschlagen, daß die öffentlichen Gesamthaushalte im Durchschnitt nicht mehr als 10 % wachsen sollen. Das bedeutet für den Bund eine Begrenzung des Ausgabenwachstums auf etwa 8 %, wobei die auf ihn entfallenden Lasten der Kindergeldneuregelung nicht berücksichtigt sind. In Bonn rechnet man dementsprechend mit einem Haushaltsvolumen von ca. 147 Mrd. DM bei einer vorgesehenen Nettokreditaufnahme von 12 Mrd. DM. Diese Zahl wird von der Opposition angegriffen. Die Bildung eines Sondervermögens wegen der Verstromungsabgabe, die Umstellung der EG-Finanzierung und die Kindergeldneuregelung müßten nach ihrer Meinung einbezogen werden. Haushaltsexperten der CDU/CSU haben aus diesen Gründen ein „echtes“ Haushaltsvolumen von 157 Mrd. DM errechnet, was einer Steigerungsrate gegenüber 1974 von etwa 15 % entspräche.

Wie der Haushalt 1975 endgültig aussehen wird, ist aufgrund verschiedener Faktoren noch nicht abzusehen. Die Ausgestaltung der Einkommensteuerreform mit ihren Auswirkungen auf die Einnahmen 1975 bleibt abzuwarten. Ebenso stehen die Verhandlungen über die Umverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden noch bevor. Die nachlassende Konjunktur wird es nötig machen, die Steuerschätzungen nach unten zu korrigieren. Zuguterletzt bleibt die Frage der 1975er Lohnforderungen. Eine der letzten Steuerschätzung zugrundeliegende Bruttolohnsummenerhöhung von linear nur 8 % scheint angesichts der jüngsten Äußerungen der Gewerkschaften zu diesem Thema nicht sehr realistisch zu sein.

cri

Frankreich

Handelsbilanzausgleich als Hauptziel

Das Stabilisierungsrezept der französischen Regierung bietet mit fünfzehn Programmpunkten nicht nur Optik, sondern mit den darin enthaltenen Steuererhöhungen, die im zweiten Halbjahr 1974 rund 2 % des Bruttosozialprodukts entsprechen, auch erhebliche Substanz. Die Ernsthaftigkeit der restriktiven Bemühungen wird durch die nunmehr rigorose Anwendung der Kreditplafondierung unterstrichen. Dieser neue Kurs signalisiert eine bemerkenswerte Neuorientierung der wirtschaftspolitischen Prioritäten.

Die bislang dominierende Stellung der wachstumspolitischen Zielsetzung mußte angesichts der geradezu dramatischen Verschlechterung der Außenhandelsituation aufgegeben werden. Das Defizit der Handelsbilanz erreichte bereits in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 10 Mrd. Franc (nach einem Überschuß von 7 Mrd. Franc im Jahre 1973). Bei noch steigender Tendenz drohte es den Franc erneut in einen Abwertungsstrudel zu reißen. Dann aber würde über die Verteuerung der Importe auch die Preis-Lohn-Spirale neuen Schwung erhalten. Ohnehin übertrafen die Verbraucherpreise im Mai ihren Vorjahresstand um 13,5 %.

Die angestrebte Dämpfung des Einfuhrsogs und die Freisetzung von Kapazitäten für die Ausfuhr sollen die Handelsbilanzdefizite innerhalb eines Jahres halbieren und bis Ende 1975 ganz beseitigen. Diese Zielsetzung wäre schon unter normalen Bedingungen sehr ehrgeizig. Erst recht aber gilt dies angesichts der Rolle der Ölverteuerung bei der Handelsbilanzpassivierung und der gleichartigen Entwicklung in den meisten anderen Industrieländern. Der Versuch, mit einem „Schockprogramm“ das im In- und Ausland schwindende Vertrauen zum Franc wiederherzustellen, kann unter diesen Umständen nur Zeit gewinnen helfen, um zu internationalen Lösungen der akuten Zahlungsbilanzprobleme zu kommen. 99

Italien

Kaum Stabilisierungsaussichten

Not fördert die Einigkeit — dies ist ein häufig beobachtetes Phänomen, aber freilich kein allgemein gültiger Sachverhalt. Die gegenwärtigen Ereignisse in Italien bilden ein Beispiel für eine wichtige Ausnahme.

Der Preisauftrieb hat sich hier im Laufe des Jahres weiter beschleunigt, das Defizit der traditionell passiven Handelsbilanz ist überaus stark angewachsen. Eine stärkere Abwertung der Lira (sie erreichte bis Mai 10 % binnen Jahresfrist) konnte nur durch eine staatlich forcierte Einfuhr von Kapital verhindert werden. Doch die Kreditwürdigkeit des Landes ist inzwischen weitgehend geschwunden. Italien befindet sich also in einer Notlage. Ein Konsens über angemessene Maßnahmen war jedoch lange nicht zu erzielen. Es bedurfte erst der jüngsten Regierungskrise, um zwischen den Parteien eine Übereinkunft zu finden, die allerdings die typischen Merkmale eines Kompromisses aufweist.

Darauf deutet bereits die Tatsache hin, daß die neuen fiskalpolitischen Maßnahmen weniger als eine Ergänzung der restriktiven Geld- und Kreditpolitik, die gerade erste Effekte zeitigt, gedacht

sind. Die Abschöpfung von Kaufkraft mit Hilfe einer zum Teil kräftigen Anhebung indirekter Steuern und öffentlicher Tarife soll vielmehr die „Gegenleistung“ für eine Lockerung des engen monetären Korsetts bilden. Der Preisauftrieb erhält mithin einen kräftigen Stoß, der gleichwohl eine Beschneidung des Realverbrauchs kaum herbeiführt: Die Lohneinkommen sind nämlich weitgehend an die Entwicklung des Preisniveaus gebunden. Für einen Konsens über eine effektive Kaufkraftabschöpfung, die sich in einem Lande mit „automatischer“ Reallohnsicherung eher über eine Anhebung der direkten Steuersätze erreichen läßt, wird die Lage wohl als noch nicht ernst genug eingeschätzt. wt

RGW

Keine neuen Akzente

Auf der 28. Tagung des RGW — gleichzeitig Jubiläumstreffen zum 25jährigen Bestehen der Organisation — standen Fragen der Abstimmung der Fünfjahrpläne für die Jahre 1976–80 und der Energie- und Rohstoffversorgung im Mittelpunkt der Diskussion. Daß die Plankoordinierung, die auch schon vor und verstärkt seit Verabschiedung des Komplexprogramms auf multilateraler Ebene entwickelt werden sollte, nach wie vor auf Schwierigkeiten stößt, lassen nicht zuletzt Äußerungen der tschechischen Delegation vermuten. Angesichts dieser Situation muß es fraglich erscheinen, ob die vorgesehene mehrseitige Abstimmung der Produktionspläne durchzusetzen sein wird.

Ebenfalls nicht neu — jedoch angesichts der weltweiten Energiekrise von aktuellem Belang — ist der Fragenbereich der gemeinsamen Energie- und Rohstoffversorgung. Über die Vorarbeiten zu diesem von Kossygin vorgeschlagenen Projekt, das das Energienetz der Sowjetunion mit den übrigen RGW-Ländern verbinden soll, ist man sich schon einig geworden. Zur Abrundung des Energieprogramms wurde weiter ein Abkommen über die Erschließung der Gaskondensatlagerstätte in Orenburg im Ural und den im kommenden Jahr beginnenden Bau einer 2750 km langen Erdgasleitung von Orenburg nach Mitteleuropa beschlossen. Angestrebt wird auch die gemeinsame Errichtung von Atomkraftwerken. Mit diesem gemeinsamen Energiesystem haben sich die östlichen Länder sicherlich eine günstige Verhandlungsposition für das projektierte gesamteuropäische Verbundsystem geschaffen. Auf juristischer Ebene müssen jedoch noch Regelungen getroffen werden, die es den RGW-Organen erlauben, direkte Verhandlungen mit den EWG-Behörden zu führen. Eine entsprechende Änderung der RGW-Statuten ist vorgesehen. ud